

GR Stefan Haberler, MBA

17.10.2013

A N T R A G

Betr.: Parkplatzproblematik

Die Parkplatzproblematik hat in Graz vielerlei Ursachen - .dazu einige Beispiele:

ausgedehnte Sperrflächen, Ladezonen bis 19:00 Uhr, welche selbst unter Tag nur teilweise benötigt werden, Halten erlaubt“ vor Postämtern, die schon lange geschlossen sind, Behindertenparkplätze vor Häusern, obwohl der berechnigte Bewohner schon lange umgezogen ist.

Aber auch die dringend benötigte Behindertenparkplätze für den Parteienverkehr beim Amtshaus in der Schmiedgasse könnte man teilweise zeitlich auf die Arbeitsstunden beschränken, um den Bewohnern zu helfen. Fahrradabstellplätze die komplett leer sind.

Deshalb stelle ich namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs den

Antrag:

Der zuständige Verkehrsstadtrat Mag.(FH) Mario Eustacchio wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit dem ihm zugeordneten Magistratsabteilungen ein Maßnahmenkonzept zur spürbaren Erhöhung der verfügbaren Parkplatzzahl – insbesondere in den Innenstadtbezirken - zu entwickeln.

GR Kurt Hohensinner, MBA
GR Stefan Haberler, MBA

17.10.2013

A N T R A G

Betr.: Mit Lichtsignalen ausgestatteter Zebrastreifen – Ausdehnung des Pilotversuches

In der Conrad-von-Hötzendorf-Straße wurde im Jahr 2007 auf der Höhe der Schießstatt-gasse ein Pilotversuch gestartet, am bestehenden Zebrastreifen durch im Boden eingelassene Lichter, die bei Betreten des Fußgängerüberganges zu blicken beginnen, die Sicherheit von querenden Fußgängern zu erhöhen.

Wie die bis dato verstrichene Zeit gezeigt hat, hat sich diese Anlage bewährt und stellen wir namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs daher den

Antrag,

die zuständigen Magistratsabteilungen werden beauftragt, diesen Pilotversuch auf zwei bis drei weitere vergleichbare Querungssituationen auszudehnen und das Verhalten der Verkehrsteilnehmer an diesen Verkehrspunkten begleitend zu untersuchen.

GRin. Martina KAUFMANN MSc B.A.

17.10.2013

A N T R A G

Betreff: Berufsorientierung

Für viele österreichische Schülerinnen und Schüler stellt die Wahl ihres weiteren schulischen und auch beruflichen Ausbildungsweges vielfach eine große Herausforderung dar. Da diese Entwicklung auch mit einer europaweit steigenden Jugendarbeitslosigkeit einhergeht, treten wir für eine verpflichtende Berufsorientierung im Unterricht ein.

Unser aktuelles Schulsystem verlangt den österreichischen Schülerinnen und Schülern sehr früh zukunftsweisende Entscheidungen ab. Das führt oft dazu, dass Schultypen bzw. Schulzweige ausgewählt werden, die den Erwartungen nicht entsprechen und so Widerwille und Enttäuschung Einzug halten. Wir können uns glücklich schätzen, dass jungen Menschen zahlreiche Türen offen stehen, es muss jedoch auch ausreichend Information vorhanden sein, um die jeweils richtige Türe auch zu finden.

Die Schule soll uns auf unser späteres Leben vorbereiten – und genau aus diesem Grund muss Berufsorientierung in allen Schultypen nicht nur fixer Bestandteil in den Lehrplänen werden sondern auch in der Praxis gelebt werden. Junge Menschen müssen ganz selbstverständlich mit Fragen der Wirtschaft aufwachsen, denn diese Wirtschaft ist auch ihre berufliche Zukunft. Es ist nicht nur wichtig, dass Schüler auf die Möglichkeiten hingewiesen werden, die ihnen der österreichische Bildungsatlas anbietet, es muss genauso über Zukunftsmöglichkeiten aufgeklärt sowie der Lehrberuf aufgewertet werden.

Daher stellen wir im Namen der Gemeinderatsfraktion ÖVP folgenden Antrag:

A n t r a g ,

dass der Grazer Gemeinderat im Sinne des Motivenberichtes sich für verpflichtende Berufsorientierungstage in der 4. Schulstufe sowie kurz vor der Matura einsetzt. Diesem „Berufspraktischen Tagen“ soll ein Interessenstest für jede Schülerin bzw. Schüler vorausgehen. Alle zuständigen Abteilungen sollen gemeinsam in dieser Implementierung in die Grazer Pflichtschulen ein Konzept ausarbeiten.

GR Martina Kaufmann, MSc B.A.
GR Stefan Haberler, MBA

17. Oktober 2013

A N T R A G

Betreff: Top-Jugendticket auch für Studierende

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Seit Beginn des neuen Schuljahres ist die Schülerfreifahrt durch eine Reform des Familienlastenausgleichsfonds neu geregelt. Zur bisherigen Schülerfreifahrt wird nunmehr auch ein 96 Euro Top-Jugendticket zur Nutzung der öffentlichen Verkehrsmittel in der Steiermark mit ganzjähriger Gültigkeit angeboten. Nutzungsberechtigt sind Schülerinnen und Schüler, sowie Lehrlinge bis zum 24. Lebensjahr.

Somit sind die Übergänge auch in den Ferienzeiten entschärft, wenn man sich für das Ticket entschieden hat. Zwar ist das Jugendticket noch immer teurer als in anderen Bundesländern, aber die Mobilität mit dem öffentlichen Verkehr und somit eine Sensibilisierung erfolgt bei uns jungen Menschen.

Allerdings sind noch nicht alle in Ausbildung befindlichen Jugendlichen erfasst. Eine wichtige Zielgruppe – die Studierenden – bleiben bei dieser Lösung auf der Strecke. Mit dem Mobilitätsscheck werden die Semestertickets glücklicherweise unterstützt – dies erfasst aber nur die Zone für Graz – anders als beim Jugendticket.

Daher stellen wir im Namen der Gemeinderatsfraktion ÖVP folgenden Antrag:

Der Gemeinderat der Stadt Graz fordert die neue Bundesregierung – insbesondere jenes Mitglied der Bundesregierung, das sodann für diesen Bereich zuständig sein wird – auf, die Verhandlungen mit den Ländern fortzuführen, um allen in Ausbildung befindlichen Jugendlichen den Zugang zum TOP Jugendticket zu ermöglichen.

GR. Mag. Andreas Molnár

17.10.2013

A N T R A G

Betr.: Einbau von Prepayment-Zähler in Grazer Gemeindewohnungen
bzw. Übertragungswohnbauten

Leider kommt es immer öfter vor, dass Bewohner von Grazer Gemeindewohnungen bzw. Übertragungswohnbauten trotz mehrmaliger Mahnungen der Strom oder/und Gas abgeschaltet wird.

Um für die Betroffenen einen aktuellen Überblick über deren Verbrauch inkl. Kosten zu verschaffen bzw. die widmungsgemäße Verwendung von dazu bestimmten Unterstützungen der öffentlichen Hand zu gewährleisten, ist es sinnvoll, in Haushalten, die nach mehrmaligen Mahnungen dennoch Ihre Strom- oder/und Gasrechnungen nicht bezahlen können, einen Prepayment-Zähler zu installieren.

Bei Prepayment-Zählern verwendet der Kunde die erworbene bzw. erhaltene Wertkarte und hat damit einen Überblick über den Guthabensstand sowie einen dementsprechenden Zugriff zum Strom- und Gasnetz.

Namens des ÖVP Gemeinderatsclubs stelle ich daher den

A n t r a g :

Der Gemeinderat wolle die zuständigen Stellen im Haus Graz beauftragen, ein Modell zu entwickeln, bei welchem in Gemeindewohnungen bzw. Übertragungswohnbauten wohnenden Kunden nach mehrmaliger erfolgloser Mahnung ein Prepayment-Zähler installiert wird.

GR Sissi POTZINGER

17.10.2013

A N T R A G

Betreff: Mehr Sicherheit für Kindergarten- und Schulkinder:
Kontrolle der Einhaltung von Tempo 30 und Ampelregelung

Die Einführung von Tempo 30 vor Kindergärten und Schulen hat in der Stadt Graz wesentlich zur Sicherheit der Kinder beigetragen. Leider wird diese Tempobeschränkung oft missachtet, wodurch es zu gefährlichen Situationen und bedauerlichen Unfällen kommt. Beispielsweise fahren Verkehrsteilnehmer, wie Anrainer mehrfach berichtet haben, viel zu schnell im Bereich des Kindergartens in der Hubertusstraße. Es ist daher dringend erforderlich, die Einhaltung des Tempolimits häufiger zu kontrollieren.

Nicht nur vor Schulen, sondern auch vor Kindergärten sind weitere Verkehrssicherheitseinrichtungen zum Schutz der Kinder dringend erforderlich. Selbstverständlich gelangen die Kleinen nicht unbegleitet in den Kindergarten. Die Eltern begrüßen die Einführung von Tempo 30, stellen aber fest, dass es gefährlich sein kann, mit 2 Kindern an der Hand eine stark frequentierte Straße zu überqueren, wenn keine Ampel vorhanden ist. Vor dem Kindergarten in der Petrifelderstraße kam es bereits zu Unfällen. Eine Druckknopfampel kann die Gefahrensituation maßgeblich entschärfen.

Daher stelle ich namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs den

A n t r a g:

Die Stadt Graz soll im Dienste der Kindersicherheit möglichst rasch dafür sorgen, dass die Einhaltung von Tempo 30 vor Kindergärten und Schulen häufiger kontrolliert wird und vor dem Kindergarten in der Petrifelderstraße eine Druckknopfampel installiert wird sowie die Notwendigkeit weiterer Ampelanlagen geprüft wird.

GR Sissi POTZINGER

17.10.2013

A N T R A G

Betreff: Staumindernde Maßnahmen zu Allerheiligen
beim St. Peter Ortsfriedhof

Alljährlich kommt es zu Allerheiligen rund um den St. Peter Ortsfriedhof zu massiven Staubildungen. Insbesondere in der Thomas-Arbeiter-Gasse gibt es vor der Pfarrkirche Stausituationen, weil entlang der Friedhofmauer geparkt wird und die Autos in beide Richtungen fahren dürfen. Die Fahrbahn ist aber zu schmal, um dichten Gegenverkehr aufnehmen zu können. Eine Einbahnregelung in der Thomas-Arbeiter-Gasse von Süden nach Norden für die Zeit um Allerheiligen könnte Abhilfe schaffen. Im Interesse der Friedhofsbesucher ist eine Verbesserung der Verkehrssituation zu Allerheiligen sehr wünschenswert.

Daher stelle ich namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs den

A n t r a g:

Die ressortzuständigen Stellen der Stadt Graz mögen dafür sorgen, dass im Bereich des St.Peter Ortsfriedhofes staumindernde Maßnahmen getroffen werden.

GR Mag. Gerhard Spath

17.10. 2013

A N T R A G

Betr.: Buslinie 63

Die Holding Graz hat im Jahr 2012 34 Gelenkbusse gekauft, um diese auf stark ausgelasteten Buslinien einzusetzen, u.a. auch auf der Linie 63 vom Hauptbahnhof nach St. Peter. Aufgrund der Länge dieser Fahrzeuge wurden auch Infrastruktur-Begleitmaßnahmen im Gesamtausmaß von 1,3 Millionen Euro genehmigt.

Die Bevölkerung von St. Peter und auch ihre gewählten Vertreter waren der Meinung, dass dies auch für den Bezirk St. Peter Gültigkeit hat und die Linie 63 auch weiterhin den Bezirk bedient. Als bekannt wurde, dass die Buslinie 63 verkürzt wird und in Zukunft nur noch bis zum Schulzentrum St. Peter fahren soll, haben sich der Bezirksrat und auch Bürgerinitiativen Gedanken gemacht, wie die Linie 63 weiterhin den Bezirk St. Peter anfahren könnte. In Gesprächen mit Verantwortlichen der Holding Graz hat man konstruktive Vorschläge dargelegt und versucht, gemeinsam zu einer zufriedenstellenden Lösung zu gelangen. Auch der Bezirksrat hat in einem einstimmigen Beschluss vom 11. Juni 2013 mögliche Varianten aufgezeigt und die Anbindung des Bezirks an der Tangentiallinie 63 gefordert.

All die Ansinnen wurden zwar geprüft, aber mit Argumenten der zu hohen Kosten, bzw. der Nichtmachbarkeit von begleitenden Infrastrukturmaßnahmen im Bereich des ORF Landesstudios und der Kreuzung Marburgerstraße/Petrifelderstraße abgeschmettert.

Mit etwas gutem Willen wäre auch eine Anbindung des St. Peter Ortszentrums durchaus machbar. Ich erlaube mir noch zwei weitere Varianten aufzuzeigen, die noch nicht geprüft wurden.

1. Möglichkeit: Die Linienführung der Buslinie 63 bleibt bestehen (oder wird bis zur Petrifelderstraße erweitert). Auf der Linie werden weiterhin die vorhandenen Busse eingesetzt und die Linie wird verdichtet (von 10 auf 8 Minuten Intervall).

2. Möglichkeit: Die Linie wird mit Gelenkbussen befahren. Von der Plüddemangasse kommend biegt der Bus rechts in die St. Peter Hauptstraße Richtung St. Peter Schulzentrum ein, danach links in die Brucknerstraße – über die Marburgerstraße in die Petrifelderstraße Richtung St. Peter Ortszentrum – wieder in die St. Peter Hauptstraße Stadteinwärts, schließt die Schleife bei der Kreuzung Moorehof und fährt wieder auf der Plüddemangasse retour zum Bahnhof. Die Ruhezone könnte man bei der Haltestelle Terrassenhaus-Siedlung einrichten.

Die öffentliche Verkehrsversorgung für den Raum St. Peter muss nicht nur verbessert, sondern auch der wachsenden Bevölkerung angepasst werden. Die neu entstehenden Wohnanlagen in der St. Peter Hauptstraße 72 (GWS), St. Peter Hauptstraße 79 (BK Immo), St. Peter Hauptstraße 89, St. Peter Hauptstraße 95 (= **geschätzte 120 neue Wohneinheiten**) wären in einer Linienführung zumindest bis zur Petrifelderstraße eingebunden. Auch die Bewohner der neu errichteten Wohnanlage am Beginn der Nußbaumerstraße, sowie die noch zu verbauenden Flächen in der Nußbaumerstraße rund um den ORF (östlich und westlich der Marburgerstraße – **geschätzte 200 weitere Wohneinheiten**) könnten von einer Linienführung über die Marburgerstraße und Petrifelderstraße profitieren.

Die hohe Anzahl an Studenten, die in St. Peter wohnen, könnte auf direktem Weg von ihrer Wohnung zu ihrem Arbeitsplatz Universität gelangen und zu einer Reduktion des Verkehrs und einer Verminderung der Feinstaub-Emissionen beitragen.

Eine Verkürzung der Linie 63 würde eine gravierende Schlechterstellung der öffentlichen Verkehrserschließung für den Bezirk St. Peter, und insbesondere für das Zentrum von St. Peter mit sich bringen.

Namens des ÖVP – Gemeinderatsclubs stelle ich daher den

Antrag,

die zuständigen Stellen der Stadt Graz bzw. der Holding Graz mögen von der geplanten Verkürzung der Buslinie 63 Abstand nehmen und einer der beiden oben angeführten Varianten beitreten, damit der Bezirk St. Peter weiterhin an die Bustangentiallinie 63 angebunden ist. Dies wäre ein klares Bekenntnis zum öffentlichen Verkehr – auch in St. Peter.



KPÖ-Gemeinderatsklub

8011 Graz – Rathaus

Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150

+ 43 (0) 316 – 872 2151

+ 43 (0) 316 – 872 2152

+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Klubobfrau Gemeinderätin Ina Bergmann

Donnerstag, 17. Oktober 2013

Antrag

Betrifft: Toiletten für den Nahverkehrsknoten Don Bosco

Der Nahverkehrsknoten Don Bosco ist heute der zweitgrößte Bahnhof in Graz und wird täglich von sehr vielen Menschen frequentiert. Nach der Errichtung war man von Seiten der Politik sehr stolz darauf. Mit der Initiative der S-Bahn sollte mehr Anreiz für Pendlerinnen und Pendler geschaffen werden, statt mit dem Auto mit dem Zug zur Arbeit nach Graz zu fahren. Dies ist in vielen Fällen durchaus gelungen und in Zeiten der zunehmenden Feinstaubproblematik ein wertvoller Beitrag zur Verbesserung der Luftqualität in unserer Stadt.

Gerade deshalb ist es absolut nicht einzusehen, dass in der Frage der WC's an Bahnhöfen von Seiten der ÖBB massiv gespart wird und auch das Land Steiermark sich dafür nicht zuständig fühlt. Für die Menschen ist es jedoch nicht maßgeblich, wer die Toiletten finanziert, sondern dass welche vorhanden sind.

Nicht lange nach der Eröffnung des Nahverkehrsknotens wurde dieses Problem von Bürger/innen angesprochen und von unserer Fraktion ein Antrag im Gemeinderat eingebracht. Trotz mehrmaliger Urgenz konnte bis heute keine Lösung erreicht werden.

Wir fordern daher die zuständigen Stellen der Stadt Graz auf, endlich in dieser Sache aktiv zu werden und die Toiletten - notfalls vorerst mit eigenen Mitteln - schnellstens einzubauen.

Daher stelle ich namens der KPÖ-Fraktion folgenden

Antrag

Die Errichtung der Toiletten am Nahverkehrsknoten Don Bosco soll so schnell wie möglich von Seiten der Stadt Graz umgesetzt werden. Für die dafür benötigten finanziellen Mittel ist vom zuständigen Stadtrat Vorsorge im Budget zu treffen, weiters sind umgehend mit der ÖBB und dem Land Steiermark Verhandlungen bezüglich einer Kofinanzierung zu führen.



KPÖ-Gemeinderatsklub

8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150
+ 43 (0) 316 – 872 2151
+ 43 (0) 316 – 872 2152
+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderätin DI Christine Braunersreuther

Donnerstag, 17. Oktober 2013

Antrag

Betrifft: **Projekt StadtfilmerIn**

Die Gleichwertigkeit von Kulturformen – ob medial oder analog – wird heute nicht mehr in Frage gestellt. Daher ist es erstrebenswert, dass in Graz der Medienkultur mehr Aufmerksamkeit gewidmet wird. Ähnlich wie es StadtschreiberInnen gibt, sollte es auch StadtfilmerInnen geben. Ihre Aufgabe: sich umsehen und umhören, viel beobachten, Bilder und Töne sammeln, versuchen, ‚Gegenöffentlichkeit‘ herzustellen. Es sind häufig die kleinen, unscheinbaren Dinge, die mehr über den Zustand einer Gesellschaft erzählen, als die Schlagzeilen oder die Abendnachrichten. Man könnte auch sagen: Information ‚von unten‘.

Der renommierte Filmmacher Heinz Trenczak hat ein Konzept für das Projekt StadtfilmerInnen entwickelt, das bescheiden konzipiert und damit realistisch umsetzbar ist: Ein kleines Team mit unauffälligen Geräten widmet dem Stadtgeschehen große Aufmerksamkeit. Es entstehen dokumentarische, so genannte „teilnehmende“ Beobachtungen da und dort, unterwegs: auf Straßen und Plätzen, bei Veranstaltungen und Demos, in Lokalen und bei Leuten, die sich treffen, im Großen und im Kleinen, im Freien und in der Isolation. Die Form wird variieren, denn geplant ist es, jährlich ein neues Team von StadtfilmerInnen zusammenzustellen. Der erste Film eines Stadtfilmers - den Beginn soll Trenczak selbst machen - wird entweder aus einem ca. 90 Minuten langen Filmessay *oder* aus einer Reihe mehrerer kurzer *Cine Feuilletons* bestehen.

Dieses Projekt würde einen wertvollen dokumentarischen wie auch künstlerischen Beitrag zur medialen Kultur der Stadt Graz darstellen. Um das vorliegende Konzept umsetzen zu können, bedarf es allerdings nicht nur der moralischen, sondern auch einer finanziellen Unterstützung durch die öffentliche Hand.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag

Die zuständigen Stellen des Magistrats werden aufgrund der im Motivenbericht angeführten Gründe ersucht, darauf hinzuwirken, dass das Projekt StadtfilmerIn die notwendige Unterstützung sowie eine finanzielle Förderung erhält.



KPÖ-Gemeinderatsklub

8011 Graz – Rathaus

Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150

+ 43 (0) 316 – 872 2151

+ 43 (0) 316 – 872 2152

+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderat Mag. Andreas Fabisch

Donnerstag, 17. Oktober 2013

Antrag

Betrifft: Gedenktafel für die ermordeten Opfer des Lagers V in Liebenau

Die vor wenigen Monaten durchgeführte Gedenkveranstaltung für die ermordeten ungarischen Juden im Lager Liebenau war ein sehr würdiges Ereignis und ist allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern in tiefer Erinnerung geblieben.

Leider findet sich bis zum heutigen Tag kein offizieller Hinweis, keine Gedenktafel, die an diese fürchterlichen Geschehnisse in den letzten Tagen des III. Reiches erinnert.

Daher stelle ich namens der KPÖ-Fraktion folgenden

Antrag

Die betreffenden Stellen der Stadt Graz mögen gemeinsam mit den involvierten Historikern und Historikerinnen bzw. den Proponenten der Veranstaltung (v. a. Dr. Rainer Possert) darangehen, durch eine Gedenktafel die Erinnerung an die Opfer vor Ort aufrecht zu erhalten.



KPÖ-Gemeinderatsklub

8011 Graz – Rathaus

Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150

+ 43 (0) 316 – 872 2151

+ 43 (0) 316 – 872 2152

+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderat Kurt Luttenberger

Donnerstag, 17. Oktober 2013

Antrag

Betrifft: **Ausweitung des *Nightline*-Angebotes**

Die Einführung der Nightline in Graz gehört zweifelsfrei zu den Erfolgsgeschichten des öffentlichen Verkehrs in unserer Stadt. Leider trübt ein Schönheitsfehler diese Bilanz: Ab 02.30 Uhr gibt es keine Nachtverbindung mehr. Ihrem Namen wird die Nightline dadurch nicht gerecht. Dabei wäre für eine Führung sowohl um 03.30, als auch um 04.30 Uhr ausreichend Nachfrage vorhanden.

Daher stelle ich namens der KPÖ-Fraktion folgenden

Antrag:

Die Holding Graz Linien werden aufgefordert, Fahrten der Nightline sowohl um 3:30 als auch um 04:30 Uhr anzubieten.



KPÖ-Gemeinderatsklub

8011 Graz – Rathaus

Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150

+ 43 (0) 316 – 872 2151

+ 43 (0) 316 – 872 2152

+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderat Christian Sikora

Donnerstag, 17. Oktober 2013

Antrag

Betrifft: „Frischluf-Ticket“ in uneingeschränkter, dauerhaften Form

Insgesamt 3.500 Stück stark verbilligter Tickets zum Preis von 89 Euro für ein Viermonats-Ticket für den öffentlichen Verkehr wurden bei der Frischluft-Ticket-Aktion 2012/13 vergeben. Damit wurde sowohl ein Beitrag zur Leistbarkeit des öffentlichen Verkehrs während der Wintermonate als auch zur Feinstaubreduzierung geleistet.

Auch Verkehrslandesrat Kurzmann verwies in einer Stellungnahme darauf, dass im Vorjahr nicht nur neue Kund/innen geworben werden konnten, sondern dass durch den Umstieg dieser Grazer/innen auf die umweltfreundlichen öffentlichen Verkehrsmittel in Graz ein wichtiger Beitrag im Kampf gegen den Feinstaub geleistet wurde.

Allerdings kamen im vorigen Jahr nur mehr wenige Bürger/innen in den Genuss eines Frischluft-Tickets, da dieses nur begrenzt mit schwierigen Auflagen bei der Holding Graz erhältlich war. Nachdem zahlreiche Beschwerden und Anregungen an mich herangetragen wurden,

stelle ich daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag:

Die zuständige Stelle des Magistrats und der Herr Verkehrsreferent werden ersucht, sich dafür einzusetzen, dass seitens der Holding Graz Linien auch heuer wieder eine Frischluft-Ticket-Aktion durchgeführt wird, welche *allen* interessierten BürgerInnen offen steht. Mit dem Land Steiermark sollten Verhandlungen aufgenommen werden, damit das Frischluft-Ticket dauerhaft und für alle BürgerInnen erhältlich in das bestehende Tarifsysteem aufgenommen wird!

Betrifft: Errichtung eines Wartehauses bei der Haltestelle „Kapelle“, Buslinie 60, stadteinwärts



GRAZ

Gemeinderatsklub
A-8010 Graz-Rathaus
Telefon: (0316) 872-2120
Fax: (0316) 872-2129
email: spoe.klub@graz.at

ANTRAG

an den Gemeinderat
eingebracht von Herrn Gemeinderat DI (FH) Werner Savernik
in der Sitzung des Gemeinderates
vom 17. Oktober 2013

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

Die Haltestelle „Kapelle“ der Buslinie 60 stadteinwärts in der Waltendorfer Hauptstraße hat einen großen Einzugsbereich und somit eine große Anzahl an Fahrgästen. Aufgrund der geringen Taktfrequenz der Buslinie 60 ergeben sich speziell in diesem Bereich lange Wartezeiten. Es ist daher für die wartenden Fahrgäste notwendig, ein Wartehäuschen zum Schutz gegen Regen, Wind und intensive Sonnenbestrahlung zu errichten.

Ich stelle daher namens der SPÖ-Gemeinderatsfraktion folgenden

Antrag:

Die Stadt Graz soll die zuständigen Stellen beauftragen, an der Haltestelle „Kapelle“ der Buslinie 60 stadteinwärts in der Waltendorfer Hauptstraße ein Wartehaus zum Schutz der wartenden Fahrgäste zu errichten.

Antrag, eingebracht in der Gemeinderatssitzung vom 17. Oktober 2013 von
Gemeinderätin Mag. Astrid Schleicher

An den
Gemeinderat der
Landeshauptstadt Graz

Graz, am 17.10.2013

Betreff: Feinstaub-Informationen an Betriebe auf Grazer Stadtgebiet
Antrag

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Die Feinstaubproblematik ist in unserer Stadt seit mehreren Jahren virulent und erfordert auch ein flexibles Handeln durch die öffentliche Hand. Ungeachtet zahlreicher unterschiedlicher Zugänge zu diesem Thema durch die einzelnen politischen Parteien, müssen jene Maßnahmen ergriffen werden, die unbürokratisch und unmittelbar umzusetzen sind. Es steht wohl außer Streit, dass im Zusammenhang mit der im Betreff bezeichneten Problemstellung auch an die Vernunft der einzelnen Verkehrsteilnehmer appelliert werden muss. In unserer Stadt werden täglich die Feinstaubwerte gemessen beziehungsweise wird auch eine Vorausschau auf die zu erwartende Feinstaubentwicklung getroffen. Unter Berücksichtigung des zu erwartenden Wetterbildes kann die Entwicklung der Feinstaubwerte oft bereits zwei bis drei Tage zuvor prognostiziert werden. In diesem Zusammenhang könnte ein zielgerichtetes Informationssystem, wie es beispielsweise in den Bereichen Hochwasserschutz und Unwetterwarnung erfolgreich angewandt wird, zur Entlastung beitragen.

Ein solches Frühwarnsystem könnte sich also wie folgt gestalten. Die Abteilung für Öffentlichkeitsarbeit der Stadt Graz kommuniziert die entsprechenden Feinstaubwarnungen vor allem an innerstädtische Betriebe, die auch zahlreiche Pendler beschäftigen, sowie an sämtliche weitere interessierte Betriebe und Einzelpersonen. Die Kommunikation könnte über Newsletter oder eine entsprechende Smartphone-App erfolgen. Ziel dieser Initiative soll es sein, dass Betriebe ihre Mitarbeiter an neuralgischen Tagen dazu auffordern, Fahrgemeinschaften zu bilden beziehungsweise mit öffentlichen Verkehrsmitteln zur Arbeit zu kommen.

Ich stelle daher namens des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs nachfolgenden

Antrag:

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die Abteilung für Öffentlichkeitsarbeit der Stadt Graz wird ersucht, ein entsprechendes Benachrichtigungssystem in oben bezeichneter Angelegenheit zu erarbeiten und dem Gemeinderat vorzulegen. In einem weiteren Schritt wird die Abteilung für Öffentlichkeitsarbeit ersucht, die in Frage kommenden Betriebe von dieser Maßnahme zu informieren beziehungsweise diese zur Teilnahme einzuladen. Begleitend soll dieses Service auch in den führenden Grazer Tageszeitungen sowie in magistratsinternen Medien beworben werden.

Dieses Service soll auch Versicherungen zur Verfügung gestellt werden, die diese Dienstleistung in weiterer Folge an ihre Versicherungsnehmer weiterleiten können. Zudem wird die Abteilung für Öffentlichkeitsarbeit ersucht, auch die in Frage kommenden Radiosender zu kontaktieren, damit diese bereits im Vorfeld mit Durchsagen etwaigen Feinstaubüberschreitungen wirksam begegnen können.

Da nicht alle Grazer über ein Smartphone verfügen, soll dieses Service auch als SMS-Dienst zur Verfügung gestellt werden.



Tel.: +43 316 872-2162
Fax: +43 316 872-2169
gruene.klub@stadt.graz.at
www.graz.gruene.at

Antrag

eingbracht in der Gemeinderatssitzung am 17.10.2013

von

GR Karl Dreisiebner

Betrifft: Prüfung von Maßnahmen zur Verbesserung der Verkehrssicherheit für Kinder und FußgängerInnen im Ortskern von Graz St.-Veit

Immer wieder erreichen uns Mails und Telefonanrufe besorgter Eltern und anderer betroffener Personen aus Graz St. Veit, die sich auf die mangelnde Verkehrssicherheit für Schulkinder aber auch für andere FußgängerInnen rund um die Schule und das St. Veiter Ortszentrum beziehen.

Eindringlich fordern alle diese Menschen wirksame Maßnahmen zur Hebung der Sicherheitssituation. Die Vorschläge der BürgerInnen gehen natürlich oft in Richtung von mehr Polizeikontrollen oder dass zusätzlich zum verordneten Tempo-Limit von 30 km/h weitere Verkehrsschilder aufgestellt werden sollen.

Es sollte für alle Grazer PolitikerInnen selbstverständlich sein, dass unsere Kinder möglichst verkehrssichere Bedingungen in ihrem Umfeld - ob am Schulweg, ob in der Freizeit - vorfinden. Die Stadt Graz kann es nicht hinnehmen, dass Kinder im Straßenverkehr permanenten Gefährdungen ausgesetzt sind oder Eltern ihre Kinder nicht mehr zu Fuß unterwegs sein lassen wollen, weil das Gefahrenpotential so groß ist.

Im Namen des Gemeinderatsklubs der Grünen-ALG stelle ich daher folgenden

Antrag

Stadtrat Eustacchio wird ersucht, im Bereich des St. Veiter Ortskernes prüfen zu lassen, welche weiteren Maßnahmen zur Hebung der dort wenig zufriedenstellenden Verkehrssicherheitsbedingungen - insbesondere für Kinder - möglich und umsetzbar sind. Des Weiteren soll neben straßenpolizeilichen und straßenbaulichen Maßnahmen auch die Einführung einer Begegnungszone geprüft werden.



Tel.: +43 316 872-2162
Fax: +43 316 872-2169
gruene.klub@stadt.graz.at
www.graz.gruene.at

Antrag

eingbracht in der Gemeinderatssitzung am 17.10.2013

von

GR Karl Dreisiebner

Betrifft: Wiedereinführung von Tempo 30 in der Marburgerstraße

In der Marburgerstraße war einige Zeit Tempo 30 verordnet. Vor einigen Wochen wurde diese Temporeduktion nun inmitten eines Wohngebietes aufgehoben und es darf nun wieder legal mit 50 km/h gefahren werden.

Diese Änderung ist weder für die AnwohnerInnen noch für die Bezirksvertretung in St. Peter akzeptabel. Immerhin gibt es in dieser Straße, neben einer wenig übersichtlichen und kurvigen Straßenführung, für FußgängerInnen keine durchgängigen Gehsteige und keine Schutzwege. Dazu kommt, dass sich in der Marburgerstraße nicht nur einige AnwohnerInnen zu Fuß fortbewegen, sondern diese Straße für viele Kinder Schulweg ist und darüberhinaus eine häufig genutzte Freizeitroute zum ORF-Park. Dazu kommen selbstverständlich auch Erwachsene jeden Alters, die dort zu Fuß gehen.

Schlussendlich darf festgehalten werden, dass die Marburgerstraße für das übergeordnete Grazer Straßenverkehrsnetz keine bedeutende Rolle spielt. Somit sollte eine gut begründete Tempo-30-Verordnung auch rechtlich halten.

In diesem Sinne stelle ich namens des Grünen Gemeinderatsklubs den

Antrag

Stadtrat Eustacchio wird ersucht, eine nochmalige Prüfung der Auswirkungen der Anhebung des Tempolimits in der Marburgerstraße von 30 km/h auf 50 km/h auf die Verkehrssicherheit zu veranlassen und das ursprüngliche Tempolimit (30 km/h) - rechtlich gut begründet - wieder einzuführen.